

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 27. Januar 2020

Für eine moderne Infrastruktur für Stadt und Land

Wir Freie Demokraten wollen die strukturelle Vernachlässigung des ländlichen Raums beenden und setzen uns daher für eine integrative Gesamtlösung für Stadt und Land ein.

1. Wir Freie Demokraten treten für den Ausbau von tragfähigen Mobilitätskonzepten für den ländlichen Raum ein.

Die Sicherstellung der Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe aller, insbesondere älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben. Im ländlichen Raum stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Bei der älteren Generation geht es auch um den Erhalt der im Erwerbsleben erworbenen Kompetenz und die Möglichkeit, neue Qualifikationen im bürgerschaftlichen Engagement zu erwerben und zum Wohle der Gesellschaft einzusetzen. Als Beitrag zur Bewältigung der staatlichen, bürgerschaftlichen und privaten Aufgaben fordern wir unter anderem folgende Maßnahmen:

- Analyse des örtlichen und regionalen Mobilitätsbedarfs (zum Beispiel medizinische Versorgung, Einkauf des täglichen Bedarfs, Regelung von Bankgeschäften, Freizeitverhalten, soziale Kontakte, Wahrnehmung kultureller Angebote usw.).
- Entwicklung von Interessen- und parteiübergreifenden Maßnahmenpaketen zur Aktivierung und Reaktivierung der ländlichen Infrastruktur (zum Beispiel Nachbarschaftsläden, Postfilialen, Bürgerbüros, Bürgerbusse etc.) unter Einbeziehung auch von Einzelmaßnahmen.
- Bei allen Bemühungen geht es nicht ohne Eigeninitiative, die Teilnahme an digitaler Kommunikation eingeschlossen. Hierzu schlagen wir kommunale und regionale Workshops vor, in denen Lösungen vor Ort erarbeitet werden (Veranstaltungen mit Ticket-Angeboten; Einbindung von Taxi-Unternehmen; Tankstellen als Anlaufstelle für Carsharing; Privatorganisierte Fahrgemeinschaften; u. v. m).

2. Wir Freie Demokraten wollen keine Konfrontation zwischen Stadt und Land, sondern integrierte Lösungskonzepte ohne Bevorzugung des urbanen Raums.

Die Praxis der Subventionsgewährung zeigt beispielhaft die Benachteiligung des ländlichen Raums im Vergleich zu den Städten. Nach Zahlen des Verbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) werden über 90 Prozent der Landesfläche in Deutschland von Gemeinden jenseits der großen Metropolen eingenommen. Das sind Landgemeinden, Kleinstädte und kleinere Mittelstädte bis zu 50.000 Einwohner. 60 Prozent der Bevölkerung Deutschlands lebt in einer solchen Gemeinde.

Um zu vermeiden, dass sich der Kontrast zwischen schrumpfenden ländlichen Regionen und wachsenden Großstädten weiter verschärft, weil junge Menschen wegen der besserer Jobs und der besseren Verdienstmöglichkeiten in die großen Städte ziehen, sind besondere Maßnahmen notwendig.

Hierbei geht es nicht nur um die Mobilität, sondern um strukturelle Schwächen bei medizinischer Versorgung, Schulanboten, Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungen usw.

3. Integrierte Lösungskonzepte entwickeln – es geht nicht um Stadt gegen Land, sondern um Stadt und Land.

Es gibt keine „one size fits all“-Lösung. Metropolregionen haben eine andere Ausstrahlung auf das Umland als Landstädte in dünn besiedelten Gebieten. Die Entwicklung des ländlichen Raums hängt eng mit der Infrastruktur der urbanen Zentren zusammen. Jede räumliche Situation hat ihre individuellen und regional-spezifischen Besonderheiten.

Regionale Chancen und Risiken sind miteinander verflochten und müssen im Kontext gesehen werden. Die Ausdünnung der benötigten Infrastruktur im ländlichen Raum – wie zum Beispiel die fehlende Versorgung mit Einzelhandelsgeschäften, Kinos, Arztpraxen, Apotheken, Bankfilialen etc. – muss gestoppt werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Freie Demokraten:

- 1) Förderrichtlinien für öffentliche Zuschüsse sollten stärker die Entwicklung von Klein- und Mittelzentren berücksichtigen.
- 2) Grundsätzlich soll Niederlassungsfreiheit für Ärzte gelten, über Niederlassungssperren sollte bei einer entsprechenden Versorgungssituation ausschließlich auf regionaler Ebene entschieden werden. Um Anreize zur Niederlassung in ländlichen und strukturschwachen Gebieten zu setzen, sollen dafür Strukturzuschläge eingeführt werden.
- 3) Einen auf die Bedürfnisse des „flachen Landes“ angepassten öffentlichen Nahverkehr. Dafür ist eine Bedarfsermittlung beziehungsweise die Auswertung vorhandener Verkehrszahlen Voraussetzung.
- 4) Eine Offensive für schnelles Internet im ländlichen Raum – mit modernen Medien und einer ausreichenden Versorgung mit hochleistungsfähigem Internet. Dies ist auch Voraussetzung für eine Niederlassung von Unternehmen in der Fläche.
- 5) Sicherstellung der Grundversorgung durch die Geldinstitute.

Eine nachhaltige Altenpolitik ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle kommunalen Ressorts wie Stadt-, Verkehrs-, Bau-, Wirtschafts-, und Freiraumplanung einbezieht. Wir wollen neben spezifischen Angeboten für Seniorinnen und Senioren immer auch nach generationen-übergreifenden Lösungen suchen und Seniorenpolitik als Teil einer Generationenpolitik verstehen. Ein- und Ausstiegshilfen im öffentlichen Nahverkehr beispielsweise bedienen nicht nur die Mobilitätsbedürfnisse der älteren Menschen, sondern auch diejenigen von Eltern mit Kleinkindern.